

Frieden statt Krieg: Die Waffen nieder!

Am 3. Oktober feiern viele die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden waren und sich im Kalten Krieg gegenüberstanden. Zentraler Austragungsort der Feier ist in diesem Jahr Hamburg.

Die deutsche Einheit war nur möglich, weil sich die Sowjetunion Ende der 1980er Jahre zumindest ein Stück weit von der militärischen Sicherheitslogik abgewandt und der Friedenslogik geöffnet hatte. Dies findet auch seinen Ausdruck im 2+4-Vertrag zur deutschen Einheit, in dem festgehalten ist, dass Sicherheit nur gemeinsam erreicht werden kann. Gut belegt sind auch die mündlichen Zusagen hochrangiger westlicher Politiker, die NATO werde sich keinen Zentimeter nach Osten ausdehnen.

Doch nach der Auflösung der Sowjetunion sah sich der Westen unter Führung der USA als Sieger des Kalten Krieges und nahm auf die Sicherheitsinteressen Russlands und der anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion keine Rücksicht mehr.

Die Planungen für die NATO-Osterweiterung begannen in den USA schon früh: 1999 wurden mit Polen, Ungarn und Tschechien die ersten (Nachfolge-)Staaten des ehemaligen Warschauer Vertrages in die NATO aufgenommen. 2008 erhielt auch die Ukraine die Zusage einer künftigen NATO-Mitgliedschaft. Mittlerweile will die Bundesregierung 4000 deutsche Soldaten auf Dauer in Litauen und damit unmittelbar an der russischen Grenze stationieren – ein klarer Bruch des 2+4-Vertrags.

Auch das angepasste Übereinkommen zur Beschränkung konventioneller Waffensysteme in Europa (A-KSE-Vertrag) wurde zwar 2004 von Russland ratifiziert, nicht jedoch von den NATO-Staaten.

Am „Tag der Deutschen Einheit“ sagen wir Friedensbewegte: Stoppt diesen Wahnsinn, in den uns die Politik der NATO und der Bundesregierung geführt hat. Denn Frieden lässt sich nur gemeinsam bewahren. Wir müssen raus aus dieser Aufrüstungsspirale, die letztendlich nur zu Kriegen führt, und zurück zu Abrüstung und Entspannungspolitik.

Dabei kann und muss der Westen als militärisch überlegene Staatengruppe, die mit Abstand das meiste Geld für Krieg und Rüstung ausgibt, vorgehen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- den Einsatz für einen Waffenstillstand in der Ukraine, um das Morden zu beenden,
- die Einstellung der Waffenlieferungen an Kriegsparteien,
- ein Ende der ruinösen Sanktionspolitik,
- die Kürzung des Rüstungsetats zugunsten von Ausgaben in den Bereichen Soziales, Bildung und Ökologie, keine Sonderverschuldung von 100 Milliarden für die Bundeswehr und Aufgabe des Ziels, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben,
- den Einsatz für Verhandlungen über die gemeinsame Sicherheit aller europäischer Staaten,
- den Verzicht auf die nukleare Teilhabe und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Unsere politische Arbeit verfolgt das Ziel, menschenverachtende Ideologien wie Militarismus, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus generell zurückzudrängen.





FRIEDEN STATT KRIEG

**DIE WAFFEN
NIEDER!**

***Demonstration zum
Tag der Deutschen Einheit***

3. Oktober um 13.00 Uhr

Auftakt 13.00 Uhr Bhf. Altona (Mercado)

Abschluss 15.00 Uhr Fischmarkt



Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.
www.hamburgerforum.org
ViSdP: Dr. M. Gunkel, c/o Hamburger Forum, Eiffestraße 600, 20537 Hamburg